

Inhaltsübersicht

Inhaltsverzeichnis	XI
Literaturverzeichnis	XXXI

1. Abschnitt. Geschichtliche Voraussetzungen des Grundgesetzes und Entwicklung der Bundesrepublik Deutschland

§ 1. Historische Grundlagen und gegenwärtige Herausforderungen der verfassungsrechtlichen Ordnung	1
§ 2. Die Entwicklung von Staat und Verfassung nach dem Zweiten Weltkrieg	17

2. Abschnitt. Grundlagen des Staates

§ 3. Das Bundesgebiet	28
§ 4. Staatsvolk, Staatsangehörigkeit und Unionsbürgerschaft	31
§ 5. Das Grundgesetz als Verfassung	38
§ 6. Verfassungsgebung, Verfassungsänderung und Identität des Grundgesetzes	48
§ 7. Verfassungsauslegung und stiller Verfassungswandel	57
§ 8. Selbstdarstellung des Staates	73

3. Abschnitt. Die politischen Grundentscheidungen

§ 9. Das Selbstverständnis des Grundgesetzes nach seiner Präambel	77
§ 10. Die Bundesrepublik als demokratische, parlamentarische Republik	78
§ 11. Die Bundesrepublik als Parteiendemokratie	91
§ 12. Die Bundesrepublik als Rechtsstaat	104
§ 13. Die Staatszielbestimmungen: Die Bundesrepublik insbesondere als Sozialstaat und Umweltstaat	132
§ 14. Die Bundesrepublik als Bundesstaat	141
§ 15. Die kommunalen Gebietskörperschaften in der „gegliederten Demokratie“	156

4. Abschnitt. Grundrechte, Grundpflichten

1. Kapitel. Allgemeine Grundrechtslehren

§ 16. Entwicklung und Rechtsquellen der Grundrechte	163
§ 17. Inhaltliche Ausgestaltung, Wirkungsmodalitäten und Schutz	176
§ 18. Adressaten und Berechtigte	187

§ 19. Die verfassungsrechtliche Rechtfertigung von Eingriffen in den Schutzbereich von Grundrechten	205
§ 20. Grundpflichten	225

2. Kapitel. Grundrechte im Einzelnen

§ 21. Die Menschenwürde	229
§ 22. Die freie Entfaltung der Persönlichkeit (Art. 2 Abs. 1 GG)	245
§ 23. Gleichheitsrechte	250
§ 24. Das Recht auf Leben und körperliche Unversehrtheit (Art. 2 Abs. 2 GG)	265
§ 25. Der Schutz der Freiheit der Person (Art. 2 Abs. 2, 104 GG)	269
§ 26. Der Schutz der geistigen Freiheit (Art. 4 und Art. 5 GG)	275
§ 27. Der Schutz der Versammlungs-, Vereinigungs- und Koalitionsfreiheit (Art. 8 und 9 GG)	299
§ 28. Der Schutz der privaten Lebenssphäre (Art. 10 und 13 GG)	311
§ 29. Der Schutz der Freizügigkeit (Art. 11 GG)	320
§ 30. Der Schutz der Berufsfreiheit (Art. 12 GG)	322
§ 31. Der Schutz des Eigentums (Art. 14 GG) sowie Mitbestimmung und Sozialisierung (Art. 15 GG)	332
§ 32. Der Schutz von Ehe und Familie (Art. 6 GG)	352
§ 33. Auslieferungsschutz, Asyl- und Zuwanderungsrecht	360
§ 34. Das Petitionsrecht	365

5. Abschnitt. Wirtschafts- und Kulturverfassung

§ 35. Die Wirtschaftsverfassung	369
§ 36. Die Kulturverfassung	373
§ 37. Staatskirchenrecht	385

6. Abschnitt. Staatsorgane des Bundes

§ 38. Der Bundestag	396
§ 39. Die Bundestagswahlen	417
§ 40. Der Bundesrat	426
§ 41. Der Bundespräsident	431
§ 42. Die Bundesregierung	437
§ 43. Die Gerichtsbarkeit im Bund	449
§ 44. Der öffentliche Dienst	456

7. Abschnitt. Funktionen und Aufgaben des Bundes

§ 45. Die Gesetzgebung	469
§ 46. Die Verwaltung	498
§ 47. Die Rechtsprechung	515
§ 48. Das Bundesverfassungsgericht	523
§ 49. Die verfassungsgerichtlichen Verfahrensarten	538
§ 50. Die Finanzverfassung	562

8. Abschnitt. Schutz des Staates und der Verfassung

§ 51. Die Wehrverfassung	588
§ 52. Ausnahmezustand und Notstandsrecht	598
§ 53. Der Verfassungs- und Staatsschutz	605

9. Abschnitt. Die Bundesrepublik in der Völkergemeinschaft

§ 54. Die Bundesrepublik in der Ordnung des Völkerrechts	611
§ 55. Die Bundesrepublik in Staatengemeinschaften	621
§ 56. Die Europäische Union	628
Sachverzeichnis	653

Inhaltsverzeichnis

Literaturverzeichnis XXXI

1. Abschnitt. Geschichtliche Voraussetzungen des Grundgesetzes und Entwicklung der Bundesrepublik Deutschland

§ 1. Historische Grundlagen und gegenwärtige Herausforderungen der verfassungsrechtlichen Ordnung	1
I. Die verfassungsstaatliche Tradition des Grundgesetzes	1
1. Die Wurzeln des modernen Verfassungsstaates im ausgehenden 18. Jahrhundert	2
2. Die Verfassungen der konstitutionellen Monarchie im 19. Jahrhundert	4
3. Die Paulskirchenverfassung von 1849	5
4. Die Verfassung des Deutschen Reiches von 1871	5
5. Die Weimarer Verfassung von 1919	6
6. Die Zäsur der nationalsozialistischen Terror- und Gewaltherrschaft	7
II. Historische Grundlagen verfassungsrechtlicher Grundentscheidungen	7
1. Abgrenzung gegen Nationalsozialismus, Faschismus und Sozialismus	8
2. Die Entscheidung für eine parlamentarische Demokratie und gegen eine Präsidialdemokratie	8
3. Die Entscheidung für eine repräsentative Demokratie und gegen eine Referendumsdemokratie	8
4. Die spezifisch deutsche Tradition des Sozialstaates	9
5. Die föderalistische Tradition gegen den Einheitsstaat	10
6. Das ambivalente Verhältnis von Demokratie und Rechtsstaat in Deutschland	10
7. Die europäische Option und die offene Staatlichkeit	12
III. Zum Wandel von Staat und Verfassung	12
1. Zum Wandel im Staatsverständnis	13
2. Der Wandel der Souveränität durch Europäisierung und Globalisierung	14
3. Auf dem Weg zu einer gestuften Staatlichkeit	16
4. Zur europäischen Prägung des nationalen Verfassungsrechts	17
§ 2. Die Entwicklung von Staat und Verfassung nach dem Zweiten Weltkrieg	17
I. Die unmittelbare Nachkriegszeit	17
1. Die Militärregierungen	17
2. Das Entstehen der Länder	18
II. Das Entstehen des Grundgesetzes und der Bundesrepublik Deutschland	18
1. Die Frankfurter Dokumente	19
2. Die Beratungen des Grundgesetzes	19
3. Annahme des Grundgesetzes durch die Volksvertretungen	19
4. Ende des Besatzungsregimes	19
III. Die Entwicklung der politischen Ordnung in der Deutschen Demokratischen Republik	20
1. Die Entstehung der Verfassung der DDR	20
2. Herrschaftsstrukturen unter der Verfassung von 1949	20
3. Herrschaftsstrukturen unter der Verfassung von 1968	21
IV. Die Frage nach dem Rechtsstatus Deutschlands	21
1. Die Kontroverse um Untergang oder Fortbestand des Deutschen Reiches	21
2. Zwei gleichberechtigte deutsche Staaten?	22

V. Die Wiederherstellung der staatlichen Einheit Deutschlands	23
1. Die verfassungsrechtliche Ausgangslage	23
2. Die Vorbereitung des Beitrittes	24
3. Das Vertragswerk	24
4. Der Beitritt	25
5. Geltungserstreckung und Änderungen des Grundgesetzes	25
6. Verfassunggebung in den neuen Bundesländern	26
VI. Die Wiedergewinnung der staatlichen Souveränität	26
 2. Abschnitt. Grundlagen des Staates 	
§ 3. Das Bundesgebiet	28
I. Gebietsbestand und Gebietsgrenzen	28
1. Die Staatsgrenzen	28
2. Grenzänderungen	29
II. Neugliederungen des Bundesgebietes	29
III. Rechtliche Wirkungen des Gebietes	30
§ 4. Staatsvolk, Staatsangehörigkeit und Unionsbürgerschaft	31
I. Grundlagen	31
1. Konstituierung des „Volkes“ durch das Staatsangehörigkeitsrecht	31
2. Die rechtliche Ausgestaltung des Staatsangehörigkeitsrechts	32
II. Erwerb und Verlust der Staatsangehörigkeit	33
1. Die Erwerbsgründe	33
2. Der Verlust der Staatsangehörigkeit	34
3. Das Problem doppelter bzw. mehrfacher Staatsangehörigkeit	36
4. Die Vorgaben des Art. 16 Abs. 1 GG	36
III. Die Unionsbürgerschaft	37
§ 5. Das Grundgesetz als Verfassung	38
I. Der Begriff Verfassung	38
1. Das Grundgesetz als geschriebene Verfassung	39
2. Merkmale des Verfassungsbegriffs	39
3. Die Abgrenzung von Verfassungsrecht und Staatsrecht	41
4. Auf dem Weg zu einem internationalen Verfassungsrecht	42
II. Begriff und Geltung des Grundgesetzes	42
1. Zum Begriff „Grundgesetz“	42
2. Das Grundgesetz als Rahmen- oder Grundordnung?	43
III. Arten der Verfassungssätze	45
1. Die Unterscheidung zwischen Kompetenz- und Verfahrensnormen sowie zwischen Staatsstruktur- und Staatszielbestimmungen	45
2. Revisionsnormen	46
3. Die Wirkung von Verfassungsnormen	46
4. Die Unterscheidung von Regeln und Prinzipien	47
§ 6. Verfassunggebung, Verfassungsänderung und Identität des Grundgesetzes	48
I. Verfassunggebung	48
1. Die verfassunggebende Gewalt des Volkes	48
2. Zur Rolle der pouvoirs constitués	49

II. Die Inkraftsetzung des Grundgesetzes	49
1. Zum Legitimationsmangel des Grundgesetzes	49
2. Die Beitrittsklausel in Art. 23 S. 2 GG a. F.	50
III. Verfassungsänderung	51
1. Die Anforderungen von Art. 79 Abs. 1 und 2 GG	52
2. Die Ewigkeitsgarantie des Art. 79 Abs. 3 GG	52
3. Überblick über wichtige Änderungen des Grundgesetzes	55
IV. Verfassungsgewohnheitsrecht	56
V. Zur Bedeutung von Art. 146 GG n. F.	57
§ 7. Verfassungsauslegung und stiller Verfassungswandel	57
I. Verfassungsauslegung und Lückenergänzung	57
1. Die herkömmlichen Methoden der Verfassungsauslegung	58
2. Das Grundgesetz als offene Verfassung	64
3. Zur Lückenergänzung	68
4. Die verfassungs- sowie völkerrechts- und europarechtskonforme Auslegung	68
II. Stiller Wandel des Verfassungsrechts	70
1. Felder und Gründe eines stillen Verfassungswandels	70
2. Zur Legitimation eines stillen Verfassungswandels durch Verfassungsrichterrecht und Gesetzgebung	71
III. Verfassung und Verfassungswirklichkeit	72
1. Die Verfassungswirklichkeit	72
2. Politischer Stil und Verfassungsrecht	73
§ 8. Selbstdarstellung des Staates	73
I. Staatssymbole der Bundesrepublik Deutschland	73
II. Sonstige Formen der Selbstdarstellungen des Staates in Deutschland	75
III. Die Symbole der Europäischen Union	76
 3. Abschnitt. Die politischen Grundentscheidungen 	
§ 9. Das Selbstverständnis des Grundgesetzes nach seiner Präambel	77
§ 10. Die Bundesrepublik als demokratische, parlamentarische Republik	78
I. Republik	78
II. Demokratie	78
1. Responsivität und demokratische Öffentlichkeit	80
2. Das Volk als Bezugssubjekt demokratischer Legitimation	81
3. Organisatorische Ausgestaltungen der demokratischen Ordnung	84
III. Parlamentarismus	86
1. Die repräsentative Demokratie	86
2. Die parlamentarische Demokratie	88
3. Verlagerung der parlamentarischen Kontrolle der Regierung auf die Opposition	89
IV. Demokratie- und Parlamentarismuskritik	89
1. Zur Ergänzung der repräsentativen Demokratie des Grundgesetzes um plebiszitäre Elemente	90
2. Zur Entparlamentarisierung politischer Entscheidungen	90
3. Demokratische Herrschaft über die Legislaturperiode hinaus?	91

§ 11. Die Bundesrepublik als Parteiendemokratie	91
I. Funktionen der Parteien in der parlamentarischen Demokratie	91
II. Die rechtliche Ordnung des Parteienwesens	92
1. Die Integration der politischen Parteien in das Verfassungssystem durch Art. 21 GG	93
2. Der Begriff der politischen Partei	93
3. Aufgabe der Mitwirkung an der politischen Willensbildung	94
4. Parteien als Institutionen des Verfassungslebens	95
5. Gründung und innere Ordnung	95
6. Die Chancengleichheit	97
7. Die Parteienfinanzierung	98
8. Die Rechenschaftspflicht	100
9. Verbot verfassungswidriger Parteien	100
III. Parteienkritik	103
§ 12. Die Bundesrepublik als Rechtsstaat	104
I. Entstehung und Entfaltung der Rechtsstaatsidee	104
1. Die historische Perspektive	105
2. Die Unterscheidung von formellem und materiellem Rechtsstaat	105
3. Das Spannungsverhältnis zwischen Rechtssicherheit und Gerechtigkeit	106
II. Rechtsstaat und Demokratie	106
1. Rechtsstaatliche Begrenzung des demokratischen Beliebens	107
2. Zur Reichweite der verfassungsrechtlichen Bindung des Gesetzgebers	107
III. Rechtsstaatliche Prinzipien im Einzelnen	107
1. Der Grundsatz der Gewaltenteilung	109
2. Der Vorrang der Verfassung	111
3. Die Widerspruchsfreiheit der Rechtsordnung	112
4. Die Bindung an Gesetz und Recht	114
5. Rechtssicherheit und Vertrauensschutz	119
6. Der Grundsatz der Verhältnismäßigkeit	123
7. Die Garantie des Rechtsschutzes	126
8. Der Justizgewährleistungsanspruch	130
9. Die Begründungspflicht für staatliche Entscheidungen	131
10. Das rechtliche Gehör	132
§ 13. Die Staatszielbestimmungen: Die Bundesrepublik insbesondere als Sozialstaat und Umweltstaat	132
I. Das grundgesetzliche Programm der Sozialstaatlichkeit	132
1. Der Sozialstaat als nationales und europäisches Rechtsprinzip	132
2. Sozialer Ausgleich und soziale Gerechtigkeit als Bezugspunkte des Sozialstaats- prinzips	133
3. Soziale Sicherheit als Bezugspunkt des Sozialstaatsprinzips	134
4. Konkretisierung des Sozialstaatsprinzips	134
II. Die grundgesetzliche Verankerung des ökologischen Verfassungsstaates	136
1. Auf dem Weg zum ökologischen Verfassungsstaat	137
2. Umweltschützende Teilgewährleistungen durch Grundrechte	138
3. Der Gesetzgeber als Adressat des Staatszieles Umweltschutz	138
4. Zur Ökologiepflichtigkeit der Grundrechte	139
III. Weitere Staatsziele	139
1. Die Sicherung des Friedens	140
2. Der Tierschutz	140

3. Die Entwicklung der Europäischen Union	140
4. Aus Grundrechten	140
5. Die Berücksichtigung der Erfordernisse des gesamtwirtschaftlichen Gleichgewichts nach Art. 109 Abs. 2 GG	141
§ 14. Die Bundesrepublik als Bundesstaat	141
I. Der Bundesstaat als Rechtsbegriff und als politische Form	141
1. Begriffliche Abgrenzungen	142
2. Das Verhältnis von Demokratie und Bundesstaat	143
3. Die Verteilung der politischen Gewichte	144
II. Zur Legitimation von Föderalismus und Bundesstaat	145
1. Demokratische Dezentralisation und Konsens	145
2. Vertikale und horizontale Gewaltenteilung	146
3. Politische und ökonomische Wirkungen eines Wettbewerbsföderalismus	146
III. Das Grundgesetz als eine Bundesstaatsverfassung	147
1. Die Sicherung der Bundesstaatlichkeit	147
2. Die Verteilungsregel der Art. 30 und 70 GG	147
3. Formen des Zusammenwirkens	148
4. Die Bundestreue	148
IV. Die Koordination von Bundesverfassung und Landesverfassungen	149
1. Das Homogenitätsprinzip des Art. 28 Abs. 1 S. 1 GG	150
2. Unmittelbar für die Länder geltende Vorschriften des Grundgesetzes	151
V. Bundesrecht und Landesrecht	151
1. Die Konkurrenzregel des Art. 31 GG	152
2. Zum Schicksal von mit Bundesrecht inhaltlich übereinstimmendem Landesrecht	152
3. Zur Bindung der Verwaltung an Bundes- und Landesrecht	153
VI. Die Kooperation zwischen den Ländern und mit dem Bund	153
1. Verträge zwischen den Ländern	154
2. Gemeinschaftseinrichtungen von Ländern	154
3. Bund-Länder-Gemeinschaftseinrichtungen	155
4. Verfassungsrechtliche Grenzen kooperativer Praktiken im Bundesstaat	155
§ 15. Die kommunalen Gebietskörperschaften in der „gegliederten Demokratie“	156
I. Verwirklichung demokratischer Dezentralisation durch Art. 28 Abs. 2 GG	156
1. Demokratische Dezentralisation durch kommunale Selbstverwaltung	156
2. Zur dezentralen demokratischen Legitimation	157
II. Der Umfang der Selbstverwaltungsgarantie	157
1. Institutionelle Garantie und einklagbares Recht	157
2. Selbstverwaltung „im Rahmen der Gesetze“	158
III. Zum Anspruch der Kommunen auf Finanzausstattung	160
IV. Veränderungen der Selbstverwaltungsgarantie durch das Recht der Europäischen Union	161

4. Abschnitt. Grundrechte, Grundpflichten

1. Kapitel. Allgemeine Grundrechtslehren

§ 16. Entwicklung und Rechtsquellen der Grundrechte	163
I. Zur Entwicklung des Gedankens unantastbarer Menschenrechte	163
1. In Nordamerika	163

2. In Frankreich	164
3. In Deutschland	165
II. Rechtsquellen	166
1. Im Grundgesetz	167
2. Grundrechte in den Landesverfassungen	168
3. Im Völkerrecht	170
4. Im Recht der Europäischen Union	174
5. Grundrechtsschutz in einer gestuften Rechtsordnung	174
§ 17. Inhaltliche Ausgestaltung, Wirkungsmodalitäten und Schutz	176
I. Die drei klassischen Grundrechtsfunktionen	176
II. Institutionelle Garantien – objektive Ordnungen – Schutzpflichten – Organisation und Verfahren	179
1. Die institutionellen Garantien	179
2. Grundrechte als Elemente einer objektiven (Wert-)Ordnung	181
3. Grundrechtliche Schutzpflichten	183
4. Grundrechtsschutz durch Organisation und Verfahren	185
III. Der Schutz der Grundrechte	186
1. Durch Art. 19 Abs. 4 GG	186
2. Durch die Verfassungsbeschwerde	186
3. Durch die Rechtsordnung, insbesondere durch das Strafrecht	186
§ 18. Adressaten und Berechtigte	187
I. Adressaten der Grundrechtsbindung	187
1. Grundrechtsbindung des Staates bei der Ausübung öffentlicher Gewalt	187
2. Grundrechtsbindung des Staates beim Handeln in privatrechtlicher Rechtsform	188
3. Die Drittwirkung von Grundrechten	190
II. Berechtigte	193
1. Die Unterscheidung zwischen Menschen- und Bürgerrechten	193
2. Juristische Personen als Träger von Grundrechten	194
3. Beginn und Ende des Grundrechtsschutzes	200
4. Die Grundrechtsmündigkeit Minderjähriger	200
III. Geltung der Grundrechte über das deutsche Staatsgebiet hinaus	201
1. Im Hinblick auf Deutsche im Ausland	202
2. Im Hinblick auf Ausländer im Ausland	202
IV. Die Konkurrenz von Grundrechten	203
1. Spezialität	203
2. Idealkonkurrenz	204
3. Zur Schutzbereichsverstärkung	204
§ 19. Die verfassungsrechtliche Rechtfertigung von Eingriffen in den Schutzbereich von Grundrechten	205
I. Der Schutzbereich	206
1. Verfassungsunmittelbare Begrenzungen des Schutzbereichs	206
2. Verfassungssystematische Abgrenzungen des Schutzbereichs	206
3. Die Bestimmung des Umfangs des Schutzbereichs	207
4. Zur Ausgestaltung grundrechtlicher Freiheit durch den Gesetzgeber	208
II. Der Eingriff in den Schutzbereich	209
1. Die Lehre vom Grundrechtseingriff	209

2. Zum Grundrechtseingriff bei informativem Handeln des Staates	210
3. Zum Grundrechtseingriff durch Unterlassen	212
4. Grundrechtseingriff durch private Dritte?	212
5. Der additive Grundrechtseingriff	212
III. Die Bestimmung der Grenzen grundrechtlicher Freiheit durch Gesetze	213
1. Der Ausgestaltungsvorbehalt	213
2. Der Eingriffsvorbehalt	214
3. Die Bestimmung der verfassungsimmanenten Schranken von Grundrechten	214
IV. Die Schranken-Schranken	216
1. Das Verbot des Einzelfallgesetzes	217
2. Das Zitiergebot	218
3. Die Wesensgehaltsgarantie	219
4. Der Vorbehalt des verhältnismäßigen Gesetzes	220
5. Weitere Schranken-Schranken	221
V. Verlust und Beschränkung subjektiver Rechtspositionen	221
1. Die Verwirkung von Grundrechten	222
2. Der Grundrechtsverzicht	223
3. Grundrechtsgeltung in Sonderstatusverhältnissen	223
§ 20. Grundpflichten	225
I. Grundpflichten in Staatstheorie und Verfassungsgeschichte	225
II. Grundpflichten unter dem Grundgesetz	226
1. Die Pflicht zur Verfassungstreue	226
2. Pflichten zur Erfüllung bestimmter Gemeinschaftsaufgaben	227
3. Grundpflichten aus Grundrechten	228
2. Kapitel. Grundrechte im Einzelnen	
§ 21. Die Menschenwürde	229
I. Historische und philosophische Grundlagen	229
II. Begriff und Schutzbereich der Menschenwürdegarantie	230
1. Art. 1 Abs. 1 GG als Grundrecht	230
2. Die Unschärfe des Begriffs der Menschenwürde	231
3. Zum Kernbereich des Menschenwürdeschutzes	232
III. Menschenwürde und Allgemeines Persönlichkeitsrecht	235
1. Das Recht auf den Schutz der persönlichen Ehre	236
2. Das Recht am eigenen Bild und am gesprochenen Wort	236
3. Das Recht auf informationelle Selbstbestimmung	237
4. Das Recht auf Schutz der Privatsphäre	239
5. Das Recht auf Kenntnis der eigenen Abstammung	240
6. Der Schutz des Namens	240
7. Das Recht auf Entwicklung der eigenen Identität	240
IV. Eingriffsverbot, Schutzauftrag und Kollisionsproblem	241
1. Eingriffsverbot und Schutzauftrag	241
2. Das Kollisionsproblem	243
§ 22. Die freie Entfaltung der Persönlichkeit (Art. 2 Abs. 1 GG)	245
I. Die Wechselbezüglichkeit von Freiheit und Bindung	245
II. Schutzbereich	246
1. Die allgemeine Handlungsfreiheit	246
2. Subsidiarität des Art. 2 Abs. 1 GG	248

III. Schranken	248
1. Die verfassungsmäßige Ordnung	248
2. Die Rechte anderer	249
3. Das Sittengesetz	249
§ 23. Gleichheitsrechte	250
I. Inhalt des Gleichheitsgrundsatzes	250
1. Der allgemeine Gleichheitssatz des Art. 3 Abs. 1 GG	251
2. Der allgemeine Gleichheitssatz als Staatszielbestimmung	255
3. Die speziellen Gleichheitssätze	255
II. Adressaten des Gleichheitssatzes	258
1. Der Gesetzgeber	259
2. Die Gerichtsbarkeit	261
3. Die Verwaltung	262
4. Zur Frage der Drittwirkung	263
III. Wichtige Sachbereiche	263
1. Gleichheit im politischen Prozess	263
2. Die Steuergerechtigkeit	264
3. In der juristischen Methodenlehre	264
§ 24. Das Recht auf Leben und körperliche Unversehrtheit (Art. 2 Abs. 2 GG)	265
I. Das Recht auf Leben	265
1. Der Schutzbereich	266
2. Schranken	267
3. Schutzpflicht	268
II. Das Recht auf körperliche Unversehrtheit	268
1. Der Schutzbereich	268
2. Schranken	269
3. Schutzpflicht	269
§ 25. Der Schutz der Freiheit der Person (Art. 2 Abs. 2, 104 GG)	269
I. Der Schutzbereich	270
II. Schranken	271
1. Abgrenzung Freiheitsbeschränkung – Freiheitsentziehung	271
2. Schranken der Freiheitsbeschränkungen	272
3. Schranken der Freiheitsentziehungen	272
§ 26. Der Schutz der geistigen Freiheit (Art. 4 und Art. 5 GG)	275
I. Der Schutz von Glauben und Gewissen	275
1. Der Schutzbereich	275
2. Schranken	279
II. Der Schutz der Meinungs-, Informations-, Presse- und Rundfunkfreiheit (Art. 5 Abs. 1 GG)	280
1. Der Schutzbereich der Meinungs- und Informationsfreiheit	282
2. Der Schutzbereich der Pressefreiheit	284
3. Der Schutzbereich der Rundfunkfreiheit	287
4. Schranken	289
III. Der Schutz der Freiheit von Kunst, Wissenschaft, Forschung und Lehre (Art. 5 Abs. 3 GG)	293
1. Der Schutzbereich	294
2. Schranken	296

§ 27. Der Schutz der Versammlungs-, Vereinigungs- und Koalitionsfreiheit (Art. 8 und 9 GG)	299
I. Der Schutz der Versammlungsfreiheit (Art. 8 GG)	299
1. Der Schutzbereich	300
2. Schranken	302
II. Der Schutz der Vereinigungsfreiheit	305
1. Schutzbereich	305
2. Schranken	306
III. Insbesondere die Koalitionsfreiheit (Art. 9 Abs. 3 GG)	308
1. Schutzbereich	308
2. Schranken	310
§ 28. Der Schutz der privaten Lebenssphäre (Art. 10 und 13 GG)	311
I. Der Schutz des Brief-, Post- und Fernmeldegeheimnisses (Art. 10 GG)	311
1. Der Schutzbereich	311
2. Schranken	313
II. Der Schutz der Wohnung (Art. 13 GG)	316
1. Der Schutzbereich	316
2. Schranken	317
§ 29. Der Schutz der Freizügigkeit (Art. 11 GG)	320
I. Der Schutzbereich	321
II. Schranken	322
§ 30. Der Schutz der Berufsfreiheit (Art. 12 GG)	322
I. Der Schutzbereich	323
1. Freie Wahl und freie Ausübung des Berufs	323
2. Freie Wahl der Berufsausbildung und der Ausbildungsstätte	324
3. Freie Wahl des Arbeitsplatzes	324
II. Schranken	325
1. Der Eingriff in die Berufsfreiheit	325
2. Der Gesetzesvorbehalt des Art. 12 Abs. 1 S. 2 GG für ein einheitliches Grundrecht der Berufsfreiheit	326
3. Die Dreistufentheorie	327
4. Zur Geltung des Art. 12 Abs. 1 GG für den öffentlichen Dienst	330
III. Arbeitszwang, Zwangsarbeit, Wehrdienst und andere Dienstverpflichtungen	331
1. Freiheit von Arbeitszwang und Zwangsarbeit nach Art. 12 Abs. 2 u. 3 GG	331
2. Einschränkungen der Freiheit vom Arbeitszwang und der Berufsfreiheit durch Art. 12a und 80a GG	332
§ 31. Der Schutz des Eigentums (Art. 14 GG) sowie Mitbestimmung und Sozialisierung (Art. 15 GG)	332
I. Grundlagen	332
1. Das Privateigentum als Grundlage von Freiheit	333
2. Art. 14 Abs. 1 GG als normgeprägtes Grundrecht und als Institutsgarantie	333
3. Die Sozialbindung des Eigentums	334
II. Art. 14 GG als Grundrecht	336
1. Schutzbereich des Art. 14 GG	336
2. Insbesondere: Eigentumsschutz gegen die Auferlegung von Geldleistungspflichten ...	340

3. Eigentumseingriffe: Die Unterscheidung zwischen Enteignung und Inhalts- und Schrankenbestimmung	342
4. Eingriffsrechtfertigung: Zulässigkeit von Enteignungen	344
5. Ausgleichsansprüche bei Eigentumseingriffen	345
III. Überblick über weitere staatshaftungsrechtliche Institute und Regelungen	348
1. Der Aufopferungsanspruch	348
2. Der enteignungsgleiche Eingriff	349
3. Der enteignende Eingriff in Abgrenzung zur entschädigungspflichtigen Inhaltsbestimmung	350
4. Schadensersatz für rechtswidrige und schuldhafte Schädigungen	350
IV. Mitbestimmung und Sozialisierung	351
1. Die Arbeitnehmer-Mitbestimmung	351
2. Die Sozialisierung nach Art. 15 GG	351
§ 32. Der Schutz von Ehe und Familie (Art. 6 GG)	352
I. Art. 6 Abs. 1 GG als institutionelle Garantie, verbindliche Wertentscheidung und Grundrecht	352
1. Der Schutz von Ehe und Familie als institutionelle Garantie und verbindliche Wertentscheidung	353
2. Der Schutzbereich des Art. 6 Abs. 1 GG	353
3. Schranken	357
II. Das elterliche Erziehungsrecht	357
1. Erziehungsrecht und -pflicht	358
2. Erziehungsrecht und staatliche Schulhoheit	358
III. Der Mutterschutz	359
IV. Der Verfassungsauftrag zur Gleichstellung nichtehelicher Kinder	359
§ 33. Auslieferungsschutz, Asyl- und Zuwanderungsrecht	360
I. Auslieferungsschutz	360
II. Das Asylrecht	361
1. Völkerrechtliche Vorgaben durch die Genfer Flüchtlingskonvention	362
2. Das Asylrecht nach Art. 16a GG	362
3. Die Harmonisierung des Asylrechts in der Europäischen Union	364
III. Einwanderung und Integration von Ausländern	364
1. Das Zuwanderungsgesetz	364
2. Einwanderungsbezogene Politik der Europäischen Union	364
§ 34. Das Petitionsrecht	365
I. Funktionen im demokratischen Staat	365
II. Die durch Art. 17 GG gewährten Rechte	366
1. Schutzbereich	366
2. Schranken	367
3. Entscheidungskompetenz	367
III. Das Verfahren im Petitionsausschuss	367
5. Abschnitt. Wirtschafts- und Kulturverfassung	
§ 35. Die Wirtschaftsverfassung	369
I. Die Wirtschaftsverfassung des Grundgesetzes	369
1. Wirtschaftspolitische Grundentscheidungen	369

2. Staatliche Wirtschaftstätigkeit	370
3. Privatisierung von Staatsaufgaben und staatliche Verantwortung	371
II. Die Systementscheidung des EUV und des AEUV für eine soziale, ökologisch orientierte Marktwirtschaft mit freiem Wettbewerb	372
§ 36. Die Kulturverfassung	373
I. Der grundgesetzliche Rahmen für eine Kulturverfassung	374
II. Der Kulturföderalismus	374
III. Schulen	376
1. Die Aufsicht des Staates über das Schulwesen	376
2. Schulpflicht	377
3. Der Religions- und Ethikunterricht an öffentlichen Schulen	378
4. Das Angebot staatlicher Schultypen	379
5. Die Privatschulfreiheit	380
6. Vorschulen	381
IV. Hochschulen	381
1. Gesetzgebungskompetenzen	381
2. Art. 5 Abs. 3 GG als Vorgabe für die Organisation des Hochschulwesens	382
3. Private Hochschulen	384
V. Die Begrenzung der freien Wahl der Ausbildungsstätte durch einen Numerus clausus	384
§ 37. Staatskirchenrecht	385
I. Grundsätzliches zum Verhältnis zwischen Staat und Religionsgemeinschaften	386
1. Staatskirchenrecht oder Religionsverfassungsrecht?	386
2. Trennung von Staat und Kirche	386
3. Ausschluss einer Staatskirche	387
II. Die religiöse Vereinigungsfreiheit	387
1. Vereinigungsfreiheit und Selbstverwaltungsrecht	388
2. Körperschaftsstatus der Religionsgemeinschaften	388
III. Der Schutz von Sonn- und Feiertagen	389
IV. Die weltanschaulich-religiöse Neutralität des Staates	390
1. Im Bereich der Schule	391
2. Der Grundsatz der Parität und der gesellschaftlichen Repräsentanz	394
V. Konkordate und Kirchenverträge	394

6. Abschnitt. Staatsorgane des Bundes

§ 38. Der Bundestag	396
I. Rechtsstellung und politische Funktion des Bundestags im Allgemeinen	396
II. Die Zuständigkeiten des Bundestages im Einzelnen	397
1. Im Gesetzgebungsverfahren	397
2. Bei der Bestellung von Bundesorganen	397
3. Feststellung des Haushaltsplans	398
4. Politische Gestaltung und Kontrolle	399
III. Bildung, Auflösung und innere Ordnung des Bundestages	401
1. Wahlperiode und Auflösung	402

2. Innere Ordnung	403
3. Die Untergliederungen des Bundestages	405
4. Die Verhandlungen des Bundestages	409
IV. Die Rechtsstellung der Abgeordneten	410
1. Die auftragsfreie Repräsentation	410
2. Die politischen Teilhaberechte	412
3. Immunität und Indemnität	413
4. Weitere Rechte der Abgeordneten	414
5. Das Organstreitverfahren	416
6. Die Beendigung des Abgeordnetenmandats	416
§ 39. Die Bundestagswahlen	417
I. Wahlrechtsgrundsätze, Wahlsystem	417
1. Die Wahlrechtsgrundsätze	417
2. Die Unterschiede zwischen Mehrheits- und Verhältniswahlsystem	420
3. Keine Festlegung des Grundgesetzes auf das System der Mehrheits- oder Verhältniswahl	421
II. Die Ausgestaltung der Bundestagswahl nach geltendem Recht	422
1. Die personalisierte Verhältniswahl	422
2. Die Sperrklausel	423
3. Die Grundmandatsklausel	424
4. Die Wahlberechtigung	425
5. Exkurs zur Statthaftigkeit eines Kinder- bzw. Familienwahlrechts	425
6. Die Wahlprüfung	426
§ 40. Der Bundesrat	426
I. Rechtsstellung und politische Funktion des Bundesrates im bundesstaatlichen Gefüge	427
II. Zusammensetzung und innere Ordnung des Bundesrates	428
1. Zusammensetzung und Stimmenverteilung	428
2. Die Stimmabgabe	428
3. Inkompatibilität zwischen Abgeordnetenmandat im Bundestag und Mitgliedschaft im Bundesrat	429
4. Recht zur Selbstorganisation	430
5. Die Europakammer des Bundesrates	430
III. Die Rechte und Zuständigkeiten des Bundesrates im Einzelnen	430
1. Teilnahme- und Informationsrechte	430
2. Mitwirkung an der Gesetzgebung	430
3. Mitwirkungsrechte im Bereich der Exekutive	431
4. Weitere Mitwirkungs- und Kontrollrechte	431
§ 41. Der Bundespräsident	431
I. Grundsätzliche Rechtsstellung und politische Funktion des Bundespräsidenten	432
II. Wahl und Amtsführung des Bundespräsidenten	433
1. Die Wahl	433
2. Inkompatibilität und Verhinderung in der Amtsausübung	433
3. Die Präsidentenanklage	434
III. Die Funktionen des Präsidenten im Einzelnen	434
1. Entpolitisierung durch Gegenzeichnung	434
2. Die einzelnen Aufgaben	435

§ 42. Die Bundesregierung	437
I. Aufgaben und Zuständigkeiten	437
1. Staatsleitung	438
2. Aufgaben der Bundesregierung im Bereich von Rechtsetzung und Verwaltung	438
3. Öffentlichkeitsarbeit der Bundesregierung	439
4. Die Organisationsgewalt	440
5. Zur Statthaftigkeit eines ministerialfreien Raumes	440
II. Das Verhältnis zum Bundestag	441
III. Bildung, Umbildung und Auflösung der Bundesregierung	442
1. Der Bundeskanzler	443
2. Die Bundesminister	445
3. Das öffentlich-rechtliche Amtsverhältnis	446
4. Keine Inkompatibilität zwischen Abgeordnetenmandat und Regierungsmitgliedschaft	446
5. Die Staatssekretäre	446
IV. Das Zusammenwirken in der Bundesregierung	446
1. Die Regelung des Art. 65 GG	447
2. Die besondere Stellung einzelner Kabinettsmitglieder	448
§ 43. Die Gerichtsbarkeit im Bund	449
I. Rechtsstellung und rechtsstaatliche Funktion der Gerichtsbarkeit	449
1. Die Kompetenzverteilung zwischen Bund und Ländern	449
2. Anforderungen an die Gerichtsbarkeit	450
II. Übersicht über die Gerichtsbarkeit in der Bundesrepublik	450
1. Die horizontale Gliederung	450
2. Die vertikale Gliederung	451
III. Das Bundesverfassungsgericht und die obersten Bundesgerichte	451
IV. Selbstverwaltung der Gerichtsbarkeit	452
V. Die Rechtsstellung der Richter	453
1. Berufsrichter und ehrenamtliche Richter	454
2. Die richterliche Unabhängigkeit	454
§ 44. Der öffentliche Dienst	456
I. Begriff des öffentlichen Dienstes, Arten der Dienstverhältnisse	456
1. Unterschiedliche Ausgestaltung der Dienstverhältnisse	456
2. Unterschiedliche Dienstherren	457
II. Das Berufsbeamtentum	458
1. Die Tradition des Berufsbeamtentums	458
2. Die hergebrachten Grundsätze des Berufsbeamtentums	459
3. Das Leistungsprinzip	461
4. Die Inkompatibilität	462
III. Die Amtshaftung	463
1. Wandel vom privatrechtlichen zum öffentlich-rechtlichen Amtshaftungsrecht	463
2. Rechtsstaat und Grundrechte als Bezugspunkte des Amtshaftungsrechts	463
3. Ansprüche aus Art. 34 GG i. V. m. § 839 BGB	464
4. Zur Reform des Staatshaftungsrechts	467
5. Der unionsrechtliche Staatshaftungsanspruch	468

7. Abschnitt. Funktionen und Aufgaben des Bundes

§ 45. Die Gesetzgebung	469
I. Begriff und Gegenstand der Gesetzgebung	469
II. Die Verteilung der Gesetzgebungszuständigkeiten zwischen Bund und Ländern	470
1. Die Verteilung der Gesetzgebungskompetenzen	471
2. Ungeschriebene Gesetzgebungskompetenzen des Bundes	476
3. Gewohnheitsrecht auf der Ebene des Bundes und der Länder	477
III. Das Gesetzgebungsverfahren	478
1. Der Ablauf des Gesetzgebungsverfahrens	478
2. Die Zustimmungsbedürftigkeit von Gesetzen	485
3. Besondere Regelungen des Gesetzgebungsverfahrens	487
IV. Verfassungsbindungen der Bundesgesetzgebung	487
V. Rechtsverordnungen	489
1. Die Voraussetzungen des Art. 80 Abs. 1 GG	489
2. Die Adressaten einer Verordnungsermächtigung	491
3. Einflussmöglichkeiten von Bundesrat und Bundestag auf Rechtsverordnungen	492
4. Art. 80 GG als Ausprägung des demokratischen Rechtsstaates	493
5. Zur Fortgeltung von Rechtsverordnungen nach Aufhebung der ermächtigenden Normen	493
VI. Autonome Rechtsetzung	494
1. Die Satzungsautonomie	494
2. Die Grenzen der Satzungsautonomie	494
VII. Überleitungen von Recht	495
1. Vorkonstitutionelles Recht	495
2. Das Recht der DDR	496
3. Überleitungsfragen bei der Verschiebung von Gesetzgebungskompetenzen	496
4. Die Überleitung von Ermächtigungen zum Erlass von Rechtsverordnungen	497
 § 46. Die Verwaltung	 498
I. Begriff der Verwaltung	498
II. Die geteilte Verwaltung im Bundesstaat	499
1. Zum Verwaltungsföderalismus	499
2. Einheitswahrung und Aufsicht	499
III. Insbesondere das Schema der Kompetenzverteilung	500
1. Die allgemeine Verteilung der Verwaltungskompetenzen	500
2. Keine Flucht in das Privatrecht zur Durchbrechung der Kompetenzordnung	501
3. Die vier Typen von Verwaltungskompetenzen	501
IV. Der Vollzug von Bundesgesetzen durch den Bund	502
1. Der Bereich der bundeseigenen Verwaltung	502
2. Die unmittelbare Bundesverwaltung	503
3. Die mittelbare Bundesverwaltung	504
V. Der Vollzug von Bundesgesetzen durch die Länder als eigene Angelegenheit	504
1. Die Einrichtung der Behörden und die Regelung des Verfahrens als prinzipielle Ländersache	504
2. Beschränkung des Bundes auf Rechtsaufsicht	505
3. Zum Erlass von Verwaltungsvorschriften durch den Bund	506

VI. Der Vollzug von Bundesgesetzen in Auftragsverwaltung der Länder	506
1. Voraussetzungen	506
2. Die Einrichtung der Behörden und die Regelung des Verfahrens	507
3. Landesverwaltung nach Weisung	507
VII. Mischverwaltung, Gemeinschaftseinrichtungen der Länder	509
1. Zum Verbot der Mischverwaltung	509
2. Die Gemeinschaftseinrichtungen	510
VIII. Verwaltungsabkommen	510
1. Mit auswärtigen Staaten	510
2. Im innerstaatlichen Bereich	510
IX. Vorgaben des Grundgesetzes für das Verwaltungsverfahren	511
1. Grundrechtsschutz durch Verfahren	511
2. Rechtsstaatliche Verfahrensgrundsätze	512
3. Publizität, Partizipation und Akzeptanz	512
X. Planung zwischen Regierung, Verwaltung und Gesetzgebung	513
1. Funktion und Begriff der Planung	513
2. Politische Planungen	514
§ 47. Die Rechtsprechung	515
I. Die Rechtsprechung im System der staatlichen Gewalten	515
1. Grundsätzliche Abgrenzungen	515
2. Zu Überschneidungen in Randbereichen	516
3. Die Durchsetzung des Rechtsstaates durch die rechtsprechende Gewalt	517
II. Rechtsgewährleistungen im Bereich der Rechtsprechung („justizielle Grundrechte“)	517
1. Verbot von Ausnahmegewalten und Garantie des gesetzlichen Richters	518
2. Der Anspruch auf rechtliches Gehör	520
3. Der Anspruch auf ein faires Verfahren	521
4. Der Grundsatz „nulla poena sine lege“	521
5. Verbot der Mehrfachbestrafung	523
6. Verbot der Todesstrafe	523
§ 48. Das Bundesverfassungsgericht	523
I. Rechtsstellung und Organisation	524
1. Das Bundesverfassungsgericht als Verfassungs- und als Rechtsprechungsorgan	525
2. Organisation	525
3. Die Richterwahl und Amtszeit	525
II. Innergerichtliche Zuständigkeitsverteilung, Verfahrensgrundsätze, Verbindlichkeit der Entscheidungen	526
1. Die innergerichtliche Zuständigkeitsverteilung	526
2. Die Verfahrensgrundsätze	527
3. Die Bindungswirkung der Entscheidungen	528
III. Die Verfassungsrechtsprechung im System der staatlichen Gewalten	529
1. Das Verfassungsgericht als Hüter der Verfassung	530
2. Die Aufgabe der Konkretisierung und der Fortbildung des Verfassungsrechts	531
3. Die Frage der Kontrollkompetenz und der Kontrolldichte	531
IV. Bundes- und Landeszuständigkeiten in der Verfassungsgerichtsbarkeit	535
1. Die grundsätzliche Abgrenzung	535
2. Entscheidungen von Landesverfassungsstreitigkeiten durch das Bundesverfassungsgericht	536

3. Zur Bindung der Landesverfassungsgerichte an die Auslegung des Grundgesetzes durch das Bundesverfassungsgericht	537
V. Der europäische Verfassungsgerichtsverbund	537
§ 49. Die verfassungsgerichtlichen Verfahrensarten	538
I. Organstreitigkeiten	538
1. Die Antragsteller und Antragsgegner (Beteiligungsfähigkeit)	539
2. Der Antragsgegenstand	540
3. Die Antragsbefugnis	540
4. Die Antragsfrist	541
5. Rechtsschutzbedürfnis	541
6. Die Entscheidung	541
II. Föderale Streitigkeiten	541
1. Nach Art. 93 Abs. 1 Nr. 3 GG	541
2. Nach Art. 93 Abs. 1 Nr. 4 GG	542
3. Nach Art. 93 Abs. 1 Nr. 2a i. V. m. Art. 72 Abs. 2 GG	543
4. Nach Art. 93 Abs. 2 GG	543
III. Normenkontrollverfahren und weitere Normprüfungsverfahren	543
1. Die inzidente („konkrete“) Normenkontrolle nach Art. 100 Abs. 1 GG	544
2. Die abstrakte Normenkontrolle nach Art. 93 Abs. 1 Nr. 2 GG	547
3. Fragen des Prüfungsmaßstabes	549
4. Entscheidungsinhalt und -wirkungen	549
5. Weitere Normprüfungsverfahren	551
IV. Verfassungsbeschwerden	551
1. Die Individualverfassungsbeschwerde	552
2. Die Kommunalverfassungsbeschwerde	559
V. Wahl- und Mandatsprüfungen	559
VI. Verfahren zum Schutz der verfassungsmäßigen Ordnung	560
1. Die Präsidentenanklage	560
2. Die Richteranklage	560
3. Das Parteiverbotsverfahren	560
4. Die Verwirkung von Grundrechten	561
VII. Vorläufiger Rechtsschutz durch einstweilige Anordnung	561
1. Die Zulässigkeit eines Antrags auf einstweilige Anordnung	561
2. Die Begründetheit eines Antrags auf Erlass einer einstweiligen Anordnung	562
§ 50. Die Finanzverfassung	562
I. Aufgaben der Finanzverfassung	563
1. Bedeutung der Finanzverfassung	563
2. Gegenstand der Finanzverfassung	563
II. Die Einnahmen der öffentlichen Hand	563
1. Steuern	564
2. Die nichtsteuerlichen Abgaben	567
III. Die Ertragsverteilung zwischen EU, Bund und Ländern	570
1. Zur Bedeutung der Ertragsverteilung	570
2. Die primäre Ertragsverteilung zwischen EU und Mitgliedsstaaten	571
3. Instrumente eines unionsweiten Ausgleichs finanzieller Ressourcen	571
4. Die vertikale Ertragsverteilung zwischen Bund und Ländern	571
5. Die primäre horizontale Ertragsverteilung unter den Ländern	572
6. Der Länderfinanzausgleich	572
7. Finanzausstattung der Gemeinden und kommunaler Finanzausgleich	575

IV. Die Verteilung der Zuständigkeiten für die Steuergesetzgebung	575
1. Die Unionskompetenz für den Gemeinsamen Zolltarif	575
2. Steuergesetzgebungskompetenzen des Bundes	575
3. Steuergesetzgebungskompetenzen der Länder	576
4. Kein Steuerfindungsrecht	577
V. Die Finanzverwaltung	577
1. Keine europäische Finanzverwaltung	577
2. Die Zuständigkeit von Bundes- und Landesfinanzbehörden	578
3. Die Haftung im Bund-Länder-Verhältnis	579
VI. Die Verteilung der Ausgabenlast: Das Konnexitätsprinzip	580
1. Konnexitätsprinzip zwischen Bund und Ländern	580
2. Zum Konnexitätsprinzip zwischen Land und Kommunen	580
VII. Haushalts- und Rechnungswesen	581
1. Die Bedeutung und Grundstruktur des Haushaltsrechts	581
2. Das Haushaltsrecht des Bundes	582
3. Das Staatsschuldenrecht, insbesondere die Begrenzungen der Kreditaufnahme	584
4. Defizite des überkommenen Haushaltsrechts und Reformansätze	585
5. Rechnungslegung und Rechnungskontrolle	587

8. Abschnitt. Schutz des Staates und der Verfassung

§ 51. Die Wehrverfassung	588
I. Entstehung und Entwicklung der Wehrverfassung im Kontext der Außenpolitik	588
II. Der Auftrag der Bundeswehr	589
1. Der Verfassungsvorbehalt für den Einsatz der Streitkräfte	589
2. Der Parlamentsvorbehalt für den Einsatz der Streitkräfte	592
III. Die Grundpflichten und Grundrechte im Wehrrecht	593
1. Die Wehrpflicht	593
2. Das Recht zur Kriegsdienstverweigerung	594
3. Zur Einschränkung von Grundrechten im Wehrdienstverhältnis	595
IV. Die Organisation des Wehrwesens nach dem Grundgesetz	595
1. Die Befehls- und Kommandogewalt	596
2. Die Kontrolle des Parlaments	596
3. Die begrenzte Kompetenz der Länder	597
4. Die Gerichtsbarkeit in Wehrsachen	598
§ 52. Ausnahmezustand und Notstandsrecht	598
I. Das Problem des Ausnahmezustandes	598
II. Arten von Ausnahmezuständen	600
1. Äußerer Notstand	600
2. Innerer Notstand	603
3. Einschränkung von Grundrechten	605
§ 53. Der Verfassungs- und Staatsschutz	605
I. Staatsschutz und Verfassungsschutz	605
1. Gefährdungen des Staates und seiner Verfassung	605
2. Regelungen des Verfassungsschutzes und wehrhafte Demokratie	606

II. Der Verfassungsschutz im engeren Sinn	607
1. Der verfassungsgerichtliche Verfassungsschutz	607
2. Der strafrechtliche Verfassungsschutz	608
3. Der verwaltungsmäßige Verfassungsschutz	608
III. Das Widerstandsrecht	609
9. Abschnitt. Die Bundesrepublik in der Völkergemeinschaft	
§ 54. Die Bundesrepublik in der Ordnung des Völkerrechts	611
I. Allgemeines Völkerrecht als Bestandteil des Bundesrechts nach Art. 25 GG	611
1. Der Streit zwischen dualistischer Theorie und der Lehre vom Primat des Völkerrechts	611
2. Die Regelung des Grundgesetzes	612
II. Das Verbot der Aggression	613
III. Die Völkerrechtsfreundlichkeit des Grundgesetzes	613
IV. Völkerrechtliche Verträge des Bundes und der Länder	614
1. Die Verteilung der Abschlusskompetenzen	615
2. Das Verfahren des Vertragsschlusses	616
3. Treaty Override verfassungsrechtlich statthaft	619
V. Parlamentarische Kontrolle der auswärtigen Gewalt	620
§ 55. Die Bundesrepublik in Staatengemeinschaften	621
I. Die Entscheidung des Grundgesetzes für internationale Zusammenarbeit und für supranationale Integration	621
1. Die Übertragung von Hoheitsrechten	622
2. Die Voraussetzungen für die europäische Integration	623
3. Grenznachbarschaftliche Zusammenarbeit und die Übertragung von Hoheitsrechten auf grenznachbarschaftliche Einrichtungen	625
II. Großräumige Zusammenschlüsse	625
1. Die Vereinten Nationen	625
2. Die NATO	626
3. Die WTO	626
III. Der Europarat	627
§ 56. Die Europäische Union	628
I. Vertragliche Grundlagen der Europäischen Union	628
1. Die Gründungsverträge	628
2. Vertragsrevisionen der Gründungsverträge	629
II. Die „Finalität“ der Europäischen Integration und der Vertrag von Lissabon	629
1. Die Europäische Union als zentrale europäische Integrationsgemeinschaft	630
2. Zur „Finalität“ der Europäischen Integration	630
3. Vom Entwurf einer Verfassung für die Europäische Union zum Vertrag von Lissabon	631
4. Der Vertrag von Lissabon	631
III. Die Organe der Europäischen Union	633
1. Der Europäische Rat	633
2. Der (Minister-)Rat	634

3. Die Kommission sowie die Agenturen und Ausschüsse	634
4. Das Europäische Parlament	635
5. Die Europäische Gerichtsbarkeit	635
6. Weitere Organe	637
IV. Die Europäische Union als demokratische Institution	637
1. Die demokratische Legitimation der Institutionen der Europäischen Union	638
2. Strategien zur Verbesserung der demokratischen Bilanz der Europäischen Union	639
V. Grundrechtsschutz und rechtsstaatliche Strukturen	640
1. Ausbau des Grundrechtsschutzes	640
2. Gewährleistungen der EU-Grundrechte-Charta	641
3. Beachtung rechtsstaatlicher Grundsätze	642
VI. Die Ausgestaltung eines mehrstufigen Föderalismus	643
1. Das Prinzip der begrenzten Einzelermächtigung	643
2. Wahrung der nationalen Identität, Subsidiaritäts- und Verhältnismäßigkeitsprinzip ...	644
3. Die Integration der deutschen bundesstaatlichen Ordnung in die Europäische Union	644
VII. Unionsrecht und genuin deutsches Recht	647
1. Innerstaatliche Verbindlichkeit des Rechts der Europäischen Union	647
2. Die unionsrechtskonforme Auslegung	648
3. Der Anwendungsvorrang von Unionsrecht	648
4. Ultra-vires-, Identitäts- und Grundrechtskontrolle	649
5. Zur Verfassungsbindung der Staatsorgane bei der Mitwirkung an Rechtsakten der EU	652
Sachverzeichnis	653